

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : kalter Krieg im Weltraum ; NATO-Stützpunkt Westberlin ; Was weiter? ; Amerika und Europa ; Algerisches Chaos ; Wiedervereinigung im Kongo? ; Kein Krieg um West-Neuguinea ; Allianz gegen den Fortschritt

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140700>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ihr Fortbestand mindestens seit dem Hinschied von Leonhard Ragaz kaum möglich gewesen. Sie hat die Betreuung der «Neuen Wege» von ihrem großen Freund als heiliges Vermächtnis übernommen, und sie lebt diesem Werk still und geräuschlos, wie es eben ihre frauliche Art ist, aber mit einer inneren Wärme, einer Hingebung und Gewissenhaftigkeit, die schlechthin beispielhaft, ja vielleicht einmalig ist. Das mußten wir ihr bei ihrem Eintritt ins sogenannte biblische Alter doch einmal öffentlich sagen und ihr dabei zutiefst für all das danken, was sie unserer gemeinsamen Sache durch so viele Jahre und Jahrzehnte hindurch gewesen ist und fernerhin bleibt.

Wir wünschen Ihnen, liebe Sofie Zoller, von Herzen, es möge Ihnen Tag für Tag von oben Kraft und Freudigkeit geschenkt werden, daß Sie trotz mancherlei Hemmnissen so rüstig wie bis anhin Ihres Amtes walten und mit uns zusammen an dem Werk stehen können, das uns aufgetragen ist und dessen Erfüllung jeden Einsatz wert ist.

*Religiössoziale Vereinigung
Vereinigung Freunde der «Neuen Wege»*

WELTRUNDSCHAU

Kalter Krieg im Weltraum Nach der zweimonatigen Sommerpause, die sich die «Neuen Wege» gegönnt haben, sieht die Welt nicht friedlicher aus als zuvor. Das Wetttrüsten geht im besten Stil weiter und verschlingt Unsummen, die dem Krieg gegen Armut und Not entzogen werden; würden nur acht oder zehn Prozent dieser Ausgaben der Hilfe für die unterentwickelten Völker zugeführt, so würden — hat man letzthin berechnet — innert zwanzig Jahren Hunger, Seuchen und Unwissenheit von unserer Erde verschwinden. Und zu den unmittelbaren Aufwendungen im Kalten Krieg kommen nun in steigendem Maß die Ausgaben für die *Eroberung des Weltraums*, die mindestens zum Teil ebenfalls im Dienst des militärischen und politischen Wettbewerbs der beiden großen Machtlager stehen. Denn es ist ja wirklich gar zu plumpe Heuchelei, wenn anlässlich des Doppelflugs sowjetischer Raumschiffe vom 11. bis 15. August dieses Jahres im Westen (zum Beispiel in der «Neuen Zürcher Zeitung» Nr. 3115) behauptet wird, es sei nur der kommunistische Diktaturstaat, der sich den rücksichtslosen Einsatz seiner Mittel für Propagandazwecke in Form von sensationellen technischen Leistungen erlauben könne, während die «zivilisierte Menschheit» gelernt habe, «solche Kraftanstrengungen abzulehnen, wenn sie auf Kosten der Freiheit und der Werte des Menschentums gehen». Als ob nicht auch die Vereinigten Staaten Riesensummen ausgäben, um zur höheren Ehre des demokratischen Westens als erste den Mond

zu erreichen und «die Geheimnisse der Venus zu lüften»! Die Kosten der gegenwärtigen Weltraumprojekte der USA betragen schon jetzt rund 20 Milliarden Dollar (etwa 85 Milliarden Schweizer Franken) *im Jahr*, für die Entwicklung der neuen, «Titan III» genannten Rakete sind allein 500 bis 1000 Millionen Dollar ausgesetzt. Und was die «Freiheit» und die «Werte des Menschentums» angeht, die durch die Weltraum-Propagandaflüge der Amerikaner nicht beeinträchtigt würden, so gilt für diese Seite der amerikanischen Großmachtpolitik grundsätzlich das gleiche wie für ihren Kalten Krieg gegen den Osten überhaupt: die Freiheit kommt dabei immer mehr unter die Räder. Im Namen der Freiheit des kapitalistischen Unternehmertums und des rücksichtslosen Geldmachens treten die Vereinigten Staaten das Recht der «rückständigen» Völker auf Befreiung von feudalistischer und kapitalistischer Ausbeutung nach wie vor mit Füßen und stützen in Lateinamerika wie in Afrika und Asien oft genug gerade die reaktionärsten, freiheitsfeindlichsten Herrenklassen mit Geld und Waffen. «Auch zuhause», so stellte seinerzeit eine Quäkerschrift fest («Steps to Peace», Seite 12/13), «führt unsere Außenpolitik eher zur Beschränkung als zur Ausdehnung der Freiheit. Allumfassende Kriegsbereitschaft, wie unsere weltweite militärische Eindämmungspolitik sie verlangt, muß unausweichlich von Militärdienstzwang, Bevormundung, hohen Steuern, Druck zur Gleichschaltung, Staatseingriffen und Verlust persönlicher Freiheit begleitet sein . . . Unsere gegenwärtige Politik muß uns schließlich zum Militärstaat führen. Und was haben Freiheit und menschliche Wohlfahrt in einem solchen Staat zu suchen?»

Kurz, der Westen hat dem Osten wegen seiner Weltraumfliegerei nichts vorzuwerfen. Für die Russen wie für die Amerikaner gilt in gleicher Art, daß es ein eigentlicher Frevel ist, unter Aufwand astronomischer Geldmittel nach dem Mond und den Sternen greifen zu wollen, solange auf der Erde zwei Drittel aller Menschen Hunger und Not leiden. Dies doppelt darum, weil im Verhältnis zur Unermeßlichkeit des Weltalls menschlicher Neugier und Großtuerei doch engste Grenzen gesetzt sind und die wirklichen Aufgaben der Menschheit — noch ganz abgesehen von der Besiegung des Welthungers — auf einem ganz anderen Feld liegen.

NATO-Stützpunkt Westberlin Inzwischen droht der Kalte Krieg zwischen «Ost» und «West» von dem alten Brandherd Berlin aus neuerdings in den heißen Krieg umzuschlagen. Der zündende Funke war diesmal die unter herausfordernden Umständen erfolgte Erschießung eines jungen Ostberliners, der in den Westsektor zu entkommen suchte. (Ein zweiter ähnlicher Fall hat sich kurz nachher an einer anderen Stelle der Grenzsperrre ereignet.) Die Empörung der Westberliner über «Ulbrichts Verbrecherregiment» schlug gleich in hellen Flammen heraus, kehrte sich aber in pöbelhaften Formen auch gegen die Amerikaner, die nicht die

Kraft aufbrächten, Freiheit und Menschlichkeit wirksam zu verteidigen. Der Ruf «Weg mit der Mauer!» wurde natürlich auch in Bonn mit Begier aufgenommen; Wiederherstellung des Zustandes vor dem 13. August 1961 wurde neuerdings die große Losung. Was das heißt, ist klar: Nicht (oder mindestens nicht nur) Wiederanknüpfung der engen persönlichen und familiären Bande zwischen West- und Ostberlin, sondern vor allem Wiederermöglichung der Massenabwanderung von Arbeitskräften aus Ostdeutschland bis zum wirtschaftlichen und politischen Erliegen der verhaßten DDR, Angliederung Ostdeutschlands an die Bundesrepublik und damit Verschiebung des Westblocks bis an die polnische, die tschechoslowakische und die sowjetische Grenze. Das heißen sie nämlich in Westberlin und Westdeutschland «Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit». Und die Westmächte stellen sich neuerdings hinter diese ganze leidenschaftliche Propaganda mit der bis zum Überdruß wiederholten Beteuerung ihrer Entschlossenheit, um keinen Preis Westberlin preiszugeben, vielmehr ihre dortige Stellung auch auf die Gefahr eines dritten Weltkrieges hin mit allen Mitteln zu verteidigen.

Man kann gegenüber all solcher wohlorchestrierten Stimmungsmache nur immer wieder daran erinnern, daß der Kern der ganzen Berlinfrage nicht die Sicherung der Freiheit Westberlins und die Erlösung der ostdeutschen Bevölkerung ist, sondern die Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber dem Versuch, ihren Bestand von Westberlin aus zu erschüttern, ja zu zerstören und damit den ganzen Ostblock entscheidend zurückzuwerfen, ja womöglich zu sprengen. Da kommt gerade zur rechten Zeit aus Ostberlin ein Buch *«Tatsachen über Westberlin»*, das man all denen in die Hand drücken sollte, die diese Tatsachen entweder nicht kennen oder sie doch geringschätzig auf die Seite schieben, wenn sie schon sie nicht geradezu leugnen können (Kongreß-Verlag Berlin 1962). Auf 184 Seiten ist hier mit größtmöglicher Genauigkeit und Umsicht eine Fülle von Stoff über die Bekriegung der DDR durch den Westen zusammengetragen, die es wirklich lohnt, daß man sich darein etwas vertieft. «Kann man sich vorstellen», so beginnt diese Tatsachensammlung, «daß irgendein Staat auf seinem Territorium — sei es in Washington oder Paris, Delhi oder Djakarta — ausländische Rundfunkstationen, die zum Sturz der Regierung dieser Staaten aufrufen, dulden würde? Kann man sich vorstellen, daß irgendein Staat es dulden würde, daß in einer seiner Städte — zum Beispiel in London oder Hamburg, in Buenos Aires oder Rio de Janeiro — Geheimdienste und Geheimorganisationen mit der Aufgabe, die Eroberung dieser Staaten vorzubereiten, völlig unbemäntelt ihre gefährliche Tätigkeit betreiben? Würde nicht jeder all das als grobe und unzulässige Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates, die den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit bedroht, einschätzen? Jedoch gibt es das alles in Wirklichkeit, und zwar in einer Stadt, die von amerikanischen,

englischen und französischen Truppen okkupiert ist. Diese Stadt heißt Westberlin.»

Das erwähnte Buch zählt tatsächlich über 90 westdeutsche und westmächliche Niederlassungen von Geheimdiensten und von ihnen unterhaltene Untergrundorganisationen mit genauer Adressenangabe auf. Darüber hinaus gibt es in Westberlin Hunderte von Wohnungen und Trefflokalen, Deckadressen und Telephonanschlüssen, die von den Geheimdiensten ausgenützt werden. Nicht Millionen, sondern Milliarden von Westmark, Dollars und Pfund Sterling sind im Laufe der Jahre in dieses gewaltige Netz von Propaganda- und Wühlorganisationen hineingesteckt worden. Ein Heer von Agenten arbeitet von hier aus unbehindert und unablässig, um die Gesinnung der ostdeutschen Bevölkerung zu beeinflussen, die Tätigkeit des Wirtschafts- und Staatskörpers zu stören und überall Verwirrung, Schwierigkeiten und Schaden anzurichten. Die amerikanische Massenzeitschrift «Time» hat schon recht, wenn sie am 25. Mai 1959 feststellte: «Als eine Art Falltür, die sich 110 Meilen innerhalb des kommunistischen Herrschaftsbereichs öffnet, hat (West)-Berlin einen unschätzbaren Wert für den Westen.»

Besonders nachdrücklich wird von Westberlin aus auch der Wirtschaftskrieg gegen die DDR betrieben. Ein willkürlich festgesetzter Wechselkurs, Herausholung von Waren aller Art, Entzug tüchtiger Arbeitskräfte und andere Formen dieses Kalten Krieges haben vor der Errichtung der Sperrmauer der Wirtschaft Ostdeutschlands einen Schaden zugefügt, der auf jährlich über 3,5 Milliarden DM geschätzt wird. Bis zum 13. August 1961 waren allein in Westberlin rund 60 000 Arbeiter tätig, die in Ostberlin und seinen Vororten wohnten. Eine Milliarde Produktionsverlust jährlich für die DDR war die Folge dieses für den Westen und die «Grenzgänger» idealen Zustandes. Nicht zu reden von dem Verlust der außerordentlich hohen Aufwendungen, die die DDR mit ihrem ausgedehnten Fachschulsystem durch die dauernde Abwanderung Hunderttausender von Arbeitskräften in den Westen erlitt, während Westberlin gleichzeitig (nach bundesrepublikanischer Angabe) über vier Milliarden Westmark Unterstützung von Bonn aus bezog.

Mit größtem Aufwand förderte der Westen auch den Aufbau von politischen und militärischen Organisationen, die sich für die Zurückholung der verlorenen Ostgebiete und die Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 oder gar derjenigen während des Zweiten Weltkriegs einsetzen. Eine kaum vollständige Liste dieser Vereinigungen mag man in den «Tatsachen über Westberlin» nachlesen. In der Westberliner Verwaltung und Justiz wimmelt es von ehemaligen Nationalsozialisten; über ein Drittel der Polizeiangeestellten stammt aus nazistischen Gliederungen. Welche Rolle der amerikanische Radiosender RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) spielt, ist allbekannt; die 14 Millionen Mark, die nach der «Frankfurter All-

gemeinen Zeitung» vom 15. Februar 1961 im Jahr 1959/60 in dieses allgegenwärtige Propagandaunternehmen gesteckt wurden, sind vom westmächtlichen Standpunkt aus eine hochrentable Kapitalanlage. Auf jeden Fall ist der NATO-Stützpunkt Westberlin wirklich, wie der frühere Bürgermeister der «Frontstadt», Ernst Reuther, gesagt hat, die «billigste Atombombe» gegen das Ostlager.

Was weiter? Wer die Tatsachen über Westberlin auch nur einigermaßen kennt, dem braucht man nicht mehr besonders zu sagen, daß die Errichtung der Sperrmauer einfach die Antwort ist auf die immer weitergetriebene Aushöhlung der DDR durch den Westen und auf seine beharrliche Weigerung, den Bestand der Republik Ostdeutschland anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln. «Die Wahrheit ist», so schreibt Richard Crossman, der wohlbekannte britische Labourabgeordnete, im «New Statesman» (24. August), «daß die gegenwärtige Bedrohung Westberlins fast gänzlich die Folge der schwächlichen Nachgiebigkeit Englands und Amerikas gegenüber der Haltung Westdeutschlands und Westberlins ist. Vor 18 Monaten, bevor der westdeutsche Nervenkrieg den Abfluß ostdeutscher Flüchtlinge in eine Massenpanik verwandelte, gab es etliche Anzeichen, daß die Russen bereit waren, eine Kompromißlösung anzunehmen... Statt aber ihre Absichten zu erkunden, lehnten unter Druck aus Bonn die Westmächte jede Verhandlung ab. Die kommunistische Antwort auf die westliche Weigerung erfolgte am 13. August.»

Die Westmächte wollen diese offenkundigen Zusammenhänge einfach nicht anerkennen. Sie stellen die Dinge geradezu auf den Kopf, wenn sie mit der amerikanischen Note an die Sowjetunion vom 27. August behaupten, «daß die gegenwärtigen Spannungen in Berlin durch den rechtswidrigen Bau der Mauer und die sinnlose Grausamkeit der Polizei des sowjetischen Sektors verursacht worden sind». Das ist Demagogie reinsten Wassers, erleichtert dadurch, daß sich der Kalte Krieg gegen die DDR von Westberlin aus eben weithin im Stillen und Verborgenen abspielte, während die Mauer eine greif- und sichtbare Erscheinung ist und ihre Nachteile ebenso wie die Zwischenfälle um sie herum nach Herzenslust dramatisiert werden können. Die Mauer hat also im Grund keinen neuen Zustand geschaffen, sondern nur den tatsächlich bis dahin bestehenden Zustand aller Welt offenbar gemacht.

Wenn man in Bonn und Westberlin die wirklichen Zusammenhänge nicht sieht oder sehen will, dann ist das noch einigermaßen begreiflich; die Deutschen sind ein politisch ganz unreifes, ja unzurechnungsfähiges Volk, das in nationalistischen Wunschträumen lebt und seine und seiner Gegner wirkliche Lage regelmäßig falsch beurteilt. Aber daß auch die politisch so geschulten Angelsachsen den Kopf in den Sand stecken und eine ganz wirklichkeitsfremde Deutschlandpolitik treiben, das ist schon etwas verwunderlicher. Aber es ist tat-

sächlich so, wie der sonst recht amerikatreue Walter Lippmann schreibt: «Unsere deutsche Politik ist auf der merkwürdigen Vorstellung aufgebaut, daß Rußland zur Kapitulation gebracht werden könne, die es erlauben würde, daß Ostdeutschland von Westdeutschland verschluckt und daß ein wiedervereinigtes Deutschland als stärkste europäische Macht in die NATO eingefügt würde. Wenn es einen einzelnen und informierten Mann gibt, der dieses Märchen glaubt, so habe ich ihn niemals getroffen. Eine deutsche Politik, die so unrealistisch und zweideutig ist, muß der Natur der Sache nach zusammenbrechen. Und doch haben wir keine andere Deutschlandpolitik.»

Es wird also einfach «fortgewurstelt» werden — mit der Aussicht auf neue Niederlagen der Sache, für die angeblich die Westmächte kämpfen. Entweder wird es einen zweiten 17. Juni 1953 geben, eine vom Westen ermutigte Erhebung in Ostdeutschland, die natürlich wieder mit Militärgewalt unterdrückt würde und vielleicht der Armee Straußens Anlaß zum Eingreifen — das heißt zum offenen Krieg — gäbe. Oder der Kalte Krieg gegen die DDR würde weitergeführt werden mit dem Ergebnis, daß die Sowjetunion ihren Friedensvertrag mit der DDR doch abschließen müßte — wider Willen, das darf man Chruschtschew glauben — und die Auseinandersetzung mit dem Westen ganz der Ostberliner Regierung überließe. Mit der Freiheit Westberlins wäre es dann wahrscheinlich sehr bald wirklich aus; die Westmächte hätten also genau das Gegenteil dessen erreicht, was sie mit ihrer Politik der Aushöhlung der DDR fertigzubringen hofften.

Wenn der Westen — das heißt hier die beiden angelsächsischen Mächte — das verhindern wollen, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als über den Kopf der Bonner und Westberliner «Stärkepolitiker» hinweg eine Verständigung mit der DDR und der Sowjetunion zu suchen auf der Grundlage, daß die Oststaaten die politische Selbstbestimmung Westberlins und den freien Verkehr nach Westberlin von beiden Seiten her gewährleisten würden im Austausch für die Einstellung des Kalten Krieges gegen die DDR.

Amerika und Europa Das ist es denn auch tatsächlich, was Crossman in dem vorhin erwähnten Artikel den Regierungen von London und Washington empfiehlt. Kennedy und Macmillan, so glaubt er, seien längst überzeugt, daß eine Anerkennung der Teilung Deutschlands unvermeidlich sei, auch wenn man sich dabei über die Proteste Bonns und Westberlins hinwegsetzen müsse. Aber sie könnten eine neue Deutschlandpolitik nur einleiten, wenn eine aufgeklärte öffentliche Meinung hinter ihnen stehe. Die einzige Möglichkeit, die Freiheit der Westberliner zu erhalten, bestehe darin, «sie von dem Rand der Grube wegzureißen, die sie sich selbst graben, und ihnen die Bedingungen für ein Zusammenleben mit den Kommunisten jenseits der Mauer aufzuzwingen, die wohl nie gebaut worden wäre, wäre nicht der blinde Wahnwitz ihrer (der Westberliner)

Führer und die schwächliche Nachgiebigkeit ihrer Verbündeten gewesen».

Was nur zu wahr ist. Aber können die Vereinigten Staaten — auf die es in erster Linie ankommt — noch frei und vernünftig handeln, nachdem sie den westdeutschen Kapitalismus und Militarismus selber wieder großgezogen haben? Sind sie nicht einfach die Gefangenen der Adenauer, Strauß & Cie. geworden, die genau wissen, daß Amerika für seine Druck- und Drohpolitik gegenüber der Sowjetunion (und China) ein mächtiges, hochgerüstetes Westdeutschland braucht, und diese ihre Unentbehrlichkeit schamlos ausnützen? Eine Politik der friedlichen Koexistenz der beiden Deutschland (wie sie vorderhand nicht zu umgehen ist) würde eben notwendigerweise zur Anerkennung der kommunistischen Staaten in Europa und Asien überhaupt als einer nicht mehr aus der Welt zu schaffenden Tatsache führen — und ist dazu die Führung der Vereinigten Staaten schon heute (oder heute endlich) bereit?

Der reaktionäre Antikommunismus ist ja in Amerika immer noch eine gewaltige Macht. Und nicht viel weniger im kapitalistisch-konservativen Europa, sei es nun mit den Vereinigten Staaten förmlich verbündet oder angeblich neutral. Man braucht nur beispielsweise die «Neue Zürcher Zeitung» zu lesen, und man ist schon im Bild. Das Suchen nach einer Möglichkeit friedlichen Zusammenlebens mit der Sowjetunion, also nach der Vermeidung des sonst ständig uns drohenden atomaren Vernichtungskrieges, gilt hier als *die* Todsünde, die nie und nimmer verziehen werden kann. «Die Grundlage für eine offene und dauernde Verständigung zwischen dem Westen und der Sowjetunion», so durfte letzthin unwidersprochen Salvador de Madariaga in der «NZZ» (Nr. 2998) schreiben, «ist nicht vorhanden. Ein stillschweigendes oder geheimes Einvernehmen könnte man sich zur Not gerade noch vorstellen. Es würde jedoch voraussetzen, daß der Westen das europäische Imperium der Sowjets anerkennt. Aber da eine solche formelle und sozusagen legale Anerkennung durch die freie Welt einem Verrat gleichkäme, der für immer die Ehre des Westens beflecken würde, ist es undenkbar, daß man zu irgendeiner Formulierung käme, die sich zu Papier bringen ließe.» De Madariaga legt darum den Westmächten nahe, die wirtschaftliche Schwäche, die nach seiner Ansicht die Oststaaten befallen hat, politisch auszunützen und «die Gelegenheit beim Schopf zu packen, um auf dem Weg zur Befreiung Europas wenigstens einen kleinen Schritt vorwärts zu tun».

Ähnlich, ja noch schroffer tönt es aus den Kreisen derjenigen «Verteidiger der freien Welt», die nicht nur «einen kleinen Schritt» auf dem Weg der Zerschlagung des Ostblocks machen, sondern gleich ganze Arbeit leisten wollen — durch Entfesselung des nach ihrer Meinung ja doch unvermeidlichen dritten Weltkrieges, solange noch Aussicht auf wirksame Geltendmachung der atomaren Überlegenheit der Vereinigten Staaten bestehe.

Präsident Kennedy und seine Ratgeber schrecken freilich vor dieser (vermeintlich) letzten Kraftprobe noch zurück. Die Entlassung General Norstads, des Befürworters einer Ausgestaltung der NATO zur vierten Atommacht, die dann tatsächlich in die Hände der westdeutschen Scharfmacher geraten würde, ist nur *ein* Zeichen für das Taten der Washingtoner Regierung nach einem Europa, das sich mit Einschluß Englands und der Neutralen auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und den entsprechenden politischen Überbau gründen würde und früher oder später auch die Länder des kommunistischen Ostens umfassen müßte. Die Frage ist jedenfalls, ob sich die «neue Richtung» innerhalb der amerikanischen Gesamtpolitik so rasch wird durchsetzen können, daß die vereinten Kriegskräfte der alten und der neuen Welt nicht von sich aus loszuschlagen imstand sind. Viel Zeit hat Kennedy nicht mehr zu verlieren. Sein Nachfolger, der schon 1964 gewählt werden könnte, würde vielleicht in die alte, verhängnisvolle Politik der Isolation Amerikas zurückfallen, die Westeuropa sich selber, das heißt der westdeutschen Vorherrschaft, überließe. Und inzwischen würde die westdeutsch-französische Zusammenarbeit in der Aufstellung einer eigenen Atommacht derart weit gediehen sein, daß Bonn und Westberlin auf die Hilfe der Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Osten ruhig verzichten und eine «eigenständige» Politik einleiten könnten, die alles, nur keine Sicherung des Friedens bringen würde. In Washington und London wird man also schon im Hinblick auf solche Entwicklungen nicht mehr lang diplomatisieren, lavieren und konferieren dürfen, bevor man sich endlich zu jener Verständigung über Berlin entschließt, die durch die Umstände dringlich geboten ist und den Weg zu einer Lösung der deutschen Frage überhaupt öffnen würde.

Algerisches Chaos Unsere Leser werden es mir verzeihen, daß ich die leidige deutsche Frage in der Form, wie sie sich heute stellt, wieder mit etwelcher Ausführlichkeit behandelt habe; es drohen aus ihr eben die gefährlichsten internationalen Verwicklungen zu erwachsen, solange die gegenwärtige Spannung andauert. Aber ein Blick auf die anderen weltpolitischen Vorgänge, die sich während der letzten zwei Monate abgespielt haben und uns weiterhin beschäftigen werden, ist dennoch angezeigt.

Zunächst die fast trostlose Lage in *Algerien*. Die Hoffnung, daß sich die provisorische Regierung unter Ben Khedda gegen ihre innerpolitischen Widersacher behaupten werde, hat sich nicht erfüllt. Die Gruppe um Ben Bella, der eben von Anfang an in der Befreiungsbewegung eine führende Rolle gespielt hat und viel bekannter ist als Ben Khedda, hat (wenn man überhaupt so sagen darf) die Macht an sich gerissen, mußte aber bald ihre völlige Ohnmacht eingestehen und «wegen der Unsicherheit, die im Land herrscht», die auf den 2. September festgesetzten Wahlen zur Nationalversammlung auf unbe-

stimmte Zeit verschieben. Das «Politische Büro», wie sich Ben Bellas «Regierung» heißt, ist nicht nur durch innere Spaltungen gehemmt, wenn nicht gelähmt; es sieht sich auch von außen her scharf angegriffen durch Anhänger Ben Kheddas und besonders durch die politisierenden Offiziere der Militärbezirke Algier und Kabylien, die mit bewaffnetem Widerstand gegen Ben Bellas Armee drohen. Die Lage ist im Augenblick von uns aus gesehen völlig undurchsichtig, namentlich auch darum, weil es über die persönlichen Eifersüchteleien hinaus wenig klar ist, was für sachliche Gegensätze die verschiedenen Lager eigentlich trennen.

Ben Bella versichert ja ebenfalls, er wolle den von der Regierung Ben Khedda unterschriebenen Friedensvertrag von Evian getreulich ausführen; aber, so betont er, ihm komme es vor allem auf die fällige sozialistische Revolution an, die nicht durch die Aufrichtung einer Diktatur und eines Polizeistaates verdorben werden dürfe, wie das seine Gegner erstrebten. Dabei ist Ben Bella das Haupt einer Politikergruppe, die aus ganz verschiedenartigen Lagern herkommt; neben ausgesprochen bürgerlichen Nationalisten wie Ferhat Abbas zählen zu ihr Leute wie Oberst Boumedienne, ein Schüler des ägyptischen Diktators Nasser, während die sozialistische Linke der algerischen Befreiungsfront, namentlich die 400 000 algerischen Arbeiter in Frankreich, eher gegen Ben Bella eingenommen ist. Ben Khedda andererseits macht ganz und gar nicht den Eindruck eines Diktators; er ist ein besonnener, mit den Gegebenheiten der Lage rechnender Sozialist, der zwar die Bodenreform in den Vordergrund der notwendigen sozialen Umgestaltung Algeriens stellt, aber größtes Gewicht auf die Herstellung eines vertrauensvollen Verhältnisses zum europäischen Bevölkerungsteil legt und vor allem das völlig zerrüttete Wirtschaftsleben des ausgebluteten und weithin geradezu verödeten Landes wieder in Gang zu bringen sucht. Denn daß Algerien in absehbarer Zeit überhaupt nicht wieder zu Kräften kommen kann, wenn es nicht gelingt, die geflüchteten hunderttausende französischer Betriebsleiter und Techniker, Beamten und Lehrer, Facharbeiter und Angestellten zurückzubringen oder mindestens teilweise zu ersetzen, das ist bittere Wahrheit. Und man sollte wirklich meinen, daß angesichts dieses furchtbaren Notstands alle persönlichen und doktrinären Gegensätze zurückzutreten haben, statt daß Algeriens Wiederaufbau an der Zuchtlosigkeit seiner Führerschaft scheitern muß, die während des Befreiungskampfes soviel Opfermut und Zusammenhalt bewiesen und im algerischen Volk geweckt hat!

Wiedervereinigung im Kongo?

Wie man einen jungen afrikanischen Nationalstaat trotz gewonnener politischer Unabhängigkeit an den Rand des Zusammenbruchs drängen kann, das können die algerischen Führer vom Kongo lernen. Das Problem liegt hier freilich anders als in Algerien, aber

seine Lösung droht ebenfalls an der Uneinigkeit und der Sonderbündelei gewisser Machthaber zu scheitern. Noch immer steht die Gesamtrepublik Kongo finanziell in der Luft, solange der Katanga mit seiner reichen, überaus steuerkräftigen Großindustrie eine eigene Staatlichkeit beansprucht und die Zentralregierung nicht an seinen Steuereinnahmen teilhaben lassen will. Alle Versuche, den Katanga in die Gesamtrepublik zurückzuführen, sind bisher an der Selbstsucht und Habgier der Machthaber in Elisabethville gescheitert, besonders an der treulosen und hinterlistigen Verhandlungsweise Tschombes, dieses gänzlich verderbten Emporkömmlings. Kein Wunder, daß man am Sitz der Vereinten Nationen, deren Kongoauftrag noch immer nicht erfüllt ist, allmählich in eine gelinde Verzweiflung verfällt und mit scharfem wirtschaftlichem, nötigenfalls auch militärischem Druck auf den Katanga droht, wenn dieser den von Generalsekretär U Thant ausgearbeiteten Reformplan nicht anzunehmen bereit sei. Dieser Plan sieht namentlich eine weitherzige Bundesverfassung für die Gesamtrepublik vor, eine Ueberweisung von vorläufig 50 Prozent aller Einkünfte des Katangas an die Zentralregierung, Währungseinheit, Einheitsarmee, Führung der Außenpolitik durch die Bundesregierung, Umbildung der Zentralregierung mit Vertretung aller Parteien und Provinzen und Straflosigkeit für alte politische Vergehen.

Hinter U Thant steht offensichtlich Washington, das von einer Fortdauer der Spaltung des Kongos nichts als Bürgerkrieg und Einmischung auswärtiger Staaten, nicht zuletzt der Sowjetunion, erwartet. Die Haltung der Regierungen von London, Paris und Brüssel anderseits ist wesentlich durch die Interessen der britischen, französischen und belgischen Finanzgruppen bestimmt, die im Katanga schwer Geld angelegt haben (übrigens auch das belgische Königshaus) und statt einer Vereinigung mit der Republik Kongo eher eine Zusammenarbeit des Katanga mit dem kupferreichen Rhodesien und dem reaktionären Kolonialregiment von Portugiesisch Angola wünschen. England, Frankreich und Belgien haben zwar den UNO-Plan «grundsätzlich» gutgeheißen, und auch Tschombe findet darin allerhand Gutes, aber es muß sich erst noch zeigen, wie ernst diese Zustimmungserklärungen gemeint sind und ob sie mehr sein sollen als bloße Verschleppungsmanöver im Blick auf die angedrohten Zwangsmaßnahmen gegen den Katanga. Die Lösung des Kongoproblems bleibt jedenfalls bis auf weiteres eine der dornigsten Aufgaben, vor die sich die UNO gestellt sieht.

Kein Krieg um West-Neuguinea Eines Erfolges kann sich die UNO inzwischen immerhin rühmen: der Vermeidung eines Krieges zwischen *Holland* und *Indonesien*. Durch Vermittlung der UNO ist endlich ein Abkommen zwischen den beiden um West-Neuguinea kämpfenden Staaten erreicht worden, das, wenn richtig ausgeführt, dem leidigen Streit ein Ende machen und bis 1970 Indonesien in den Besitz des 400 000 km² um-

fassenden Westteils der Insel Neu-Guinea bringen wird. So werden die Niederlande den letzten Rest ihres einst so stolzen Kolonialreiches verlieren, das ihnen während Jahrhunderten unermessliche Gewinne eingebracht hat. Die Schuld daran — so sagt man jetzt in Holland — tragen die Vereinigten Staaten, die die eigentlichen «Macher» des Abkommens waren und es gegen alle Widerstände durchgedrückt haben, weil sie ja doch nicht bereit waren, ihrem holländischen Verbündeten bei einem Krieg mit Indonesien zu helfen, und von einem solchen Zusammenstoß nur Nachteile für ihre eigene Stellung im Pazifikraum befürchteten. Dieser «realpolitischen» Erwägung mußte sich schließlich auch die niederländische Regierung fügen, die nun also West-Neuguinea zunächst der UNO zu treuen Händen übergibt, worauf am 1. Mai 1963 die Indonesier kommen und eine «Volksabstimmung» unter den 700 000 Eingeborenen — den Papuas — vorbereiten werden, deren Ausgang nicht zweifelhaft sein kann. Man kann die Art und Weise bedauern, wie (mit der üblichen diplomatischen Verschleierung) die Holländer aus einem Land hinausgeworfen werden, dessen Wohlfahrt sie in den letzten paar Jahren ernstlich zu fördern begonnen hatten, und dessen Einwohner mit Indonesien so gut wie nichts gemein haben. Aber es handelt sich eben doch um einen ganz primitiven Volksstamm, der sich auf lange hinaus ohnehin nicht selbst regieren kann und sich nur unter Druck bei einer Abstimmung für Holland ausgesprochen hätte. Und schließlich: Alle Schuld rächt sich auf Erden, auch die Schuld, die Holland mit der Ausbeutung der Reichtümer und der Menschen Indonesiens, eingeschlossen West-Neuguinea, auf sich geladen hat . . .

Allianz gegen den Fortschritt

Schließlich noch ein Sprung über den Stillen Ozean hinüber nach Lateinamerika, das ja von einer Krise um die andere befallen wird. Diesmal ist *Peru* an der Reihe. Seine Bevölkerung lebt zu 85 Prozent von der Landwirtschaft; aber nur fünf Prozent des anbaufähigen Bodens sind tatsächlich ausgenützt, und davon ist der Großteil in den Händen von Großgrundbesitzern und Plantagenunternehmungen. Die indianischen Ländarbeiter und Kleinbauern leben in einem der Leibeigenschaft ähnlichen Zustand; in einer peruanischen Zeitung sah man unlängst das Bild einer Frau, deren Hände beide amputiert waren, nachdem sie als Folge von Wunden, die ihr wegen «Ungehorsams» ihr sogenannter Arbeitgeber beigebracht hatte, brandig geworden waren. Kein Wunder, daß mehr oder weniger radikalsoziale Bewegungen schon seit Jahrzehnten in ganz Peru gedeihen.

Im vergangenen Juni nun fanden Präsidentschaftswahlen statt. Keiner der Kandidaten vereinigte aber das notwendige Drittel der Stimmen auf sich, so daß das Parlament den Präsidenten zu bestimmen gehabt hätte. Die meiste Aussicht hatte Haya de la Torre, der alte Führer der APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana), die

trotz ihrem Namen heute tatsächlich eine höchst gemäßigte soziale Reformpartei ist. Um seine Wahl zu verhindern, sprengte aber in gutem lateinamerikanischem Stil ein Klub von Militärführern das Parlament, setzte den Staatspräsidenten ab und übernahm selber die Macht. In Washington war man über den Staatsstreich wenig erbaut, zerstörte er doch mindestens für Peru den Schein einer demokratischen Reformbewegung, den sich Präsident Kennedys Alliance for Progress (Bund für Fortschritt), die nordamerikanische Wirtschaftshilfe für die lateinamerikanischen Länder, zugelegt hatte. Wie lang der Bruch zwischen Washington und Lima anhalten wird, der sich aus dieser Verstimmung ergab, steht dahin; über kurz oder lang werden sich die Vereinigten Staaten auch mit den neuen Herren in Peru verstehen, die nur eine bewährte nordamerikanische Übung fortgeführt haben, indem sie die ihnen gelieferte Waffen- und Wirtschaftshilfe gegen das nach Reformen verlangende Volk gebrauchten. Es war tatsächlich ein USA-Tankwagen, Typ Sherman, der den Präsidentenpalast in Lima rammte; drei von den vier Staatsstreichführern haben ihre militärische Ausbildung in den Vereinigten Staaten erhalten, und Generalmajor Nicolas Lopez Lindley, der Hauptanstifter des Putsches, hat erst vor dreiviertel Jahren einen hohen nordamerikanischen Orden (Legion of Merit) bekommen, wobei seine «beharrliche Unterstützung demokratischer Grundsätze» von Mr. McNamara, dem USA-Wehrminister, besonders hervorgehoben wurde . . .

In den Vereinigten Staaten beklagt man es da und dort ganz offen, daß so die Alliance for Progress mehr und mehr zu einem Werkzeug der reaktionären Kräfte wird, die die meisten lateinamerikanischen Länder beherrschen. Aber diese Wirkung der Wirtschafts- und Militärhilfe an Lateinamerika ist nur natürlich und zeigt ein neues Mal, daß die radikalen Reformen, deren Mittel- und Südamerika so dringend bedarf, nicht im Bund mit den herrschenden Klassen und Kasten durchgeführt werden können, sondern nur im Kampf *gegen* sie. Und solch ein Kampf kommt eben solange nicht in Frage, als die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten selbst bei ihrer Ausbeutung der lateinamerikanischen Länder auf die einheimische Oberschicht angewiesen ist. Die sozialrevolutionäre Bewegung in Mittel- und Südamerika muß sich darum überall aus eigener Kraft, unabhängig von den Vereinigten Staaten, ja in Gegensatz zu ihnen, durchsetzen, und in Peru würde sogar die APRA, wenn sie an die Regierung kommen sollte, nicht umhin können, als eine ihrer ersten Maßnahmen eine Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Zuteilung unbebauten Bodens an die landhungrigen Indios ins Werk zu setzen. Mögen die Generäle in Argentinien, Ecuador, Venezuela, Brasilien usw. das Beispiel ihrer peruanischen Kastengenossen nachahmen — auf die Länge wird die volkstümliche Reformbewegung mit um so größerer Wucht, wenn nicht mit revolutionärer Gewalt, vorstoßen, je brutaler der Widerstand ist, den die herrschenden Klassen und ihr Arm, das Militär, ihr entgegensetzt.

3. September 1962

Hugo Kramer